

Einfach mal stänkern

Merz und Söder: „Notwendig, nicht gerne“, FR-Meinung vom 4. Februar

Da haben sich zwei gefunden, von denen jeder des anderen Schicksal mitbestimmt. Merz als der neue Superstar der CDU und Söder, der nimmermüde Plauderer und „Alles-richtig-Macher“ aus Bayern. Beide zählen in der Politik der letzten Jahre zu den Losern. Da kommt ein Herr Dobrindt als krachend gescheiterter Ex-Verkehrsminister gerade zur richtigen Zeit dazu. Nun sind es drei, eine Art „Drei-Ex-Königstreffen“, alle mal (oder auch mehrmals) politisch abgestraft. Sie durchlebten Hoch-Zeiten, wobei sie sich selbst hochleben ließen, bedachten aber den jeweils Anderen kurz danach immer wieder mit feinen Sticheleien oder auch mal mit größerer verbaler Gangart.

Alles vergessen. Im Moment erstmal. Jetzt stänkern sie an der flammneuen Ampel herum, wohl vergessen habend, dass auch die alte Groko unter Führung der C-Parteien nach jeder Wahl das Recht für sich in Anspruch nahm, sich einzuspielen. Nicht nur die ersten 100 Tage. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Ampel-Regierung in eine noch heiklere Zeit-Situation hinein geriet, als die Ex-Groko es jemals tat. Zudem darf man nicht außer Acht lassen, dass die Ampel die ganze Erblast aus unseligen Groko-Zeiten übernommen hat und diese erst mal abarbeiten muss. Die Quadratur des Kreises ist eine Kinderaufgabe dagegen. Perfide und unfair ist das ganze Spielchen, leicht zu durchschauen.

Und dann zeigen die Bilder drei feixende Typen, hämisch grinsend, sich deftig auf Schulter und Oberschenkel klopfend. Bayerisch eben, weil da Söder und Dobrindt herkommen. Wenn es der Stimmung dient, macht eben auch der Sauerländer Merz mit. Die Drei haben wohl vergessen, dass ihre eigentlichen Bewährungsproben erst noch kommen: Im weiß-blauen Südstaaten-Land genauso wie in Berlin. Kommentatorin Daniela Vates hat das durchaus richtig erfasst, höflich, sachlich.

Frank Nüssel, Bad Soden

Vermeidbarer Fehler

KfW-Förderprogramm: „Habecks Rolle rückwärts“, FR-Meinung vom 2.2.

Auch die KfW-Förderpolitik muss ständig evaluiert werden. Der Haushalt muss flexibler reagieren können, um die gewünschten Klimaziele zu erreichen, auch im Fall einer stetigen Förderung im Hausbau und Gebäudesanierung. Das politische Alltagsgeschäft zu managen, ist Aufgabe seiner Behörde. Warum wurde Robert Habeck nicht rechtzeitig von seinen Behörden gewarnt, dass der Finanztopf so schnell leer ist? Bürokratie ist in diesem Fall ein vermeidbarer Fehler.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220214

FR ERLEBEN

Oliver Teutsch liest im Rahmen der Veranstaltung „Der lange Tag der Bücher“ aus seinem Roman „Die Akte Klambautermann“. Es geht um die turbulente Entstehung des Bestsellers „Jeder stirbt für sich allein“ von Hans Fallada. Die Lesung moderiert der Verleger Axel Dielmann. Kostenlose Tickets gibt es bei adticket.de.

Sonntag, 20. Februar, 16 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Frankfurts Umweltdezernentin Rosemarie Heilig (Grüne) über den Kampf gegen den Klimawandel in der Stadt. Anmeldung/Platzreservierung über Formular, Teilnahme per Video:

www.club-voltaire.de/video
Montag, 21. Februar, 19 Uhr,
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Fehler der Vergangenheit holen die Nato ein

Friedensforscherin Fischer zur Ukraine-Krise: „Am Ende geht es gemeinsam in den Abgrund“, FR-Tagesthema vom 9.2.

Worin besteht das Interesse an der Osterweiterung?

Die aktuelle Ukraine-Krise ist wie z.B. Klimakrise und Finanzkrise eine Krise mit langer Vorgeschichte: Sämtliche russischen Regierungen haben seit 1999 ihre Vorbehalte gegen die Osterweiterung der Nato vorgebracht. Bascha Mika weist im Interview mit Marina Fischer zu recht darauf hin, dass von seiten der Nato darauf gepocht wird, jeder Staat entscheide souverän über die Bündniszugehörigkeit entscheidet. Das allerdings entspricht nicht dem gültigen Nato-Vertrag. Nach Artikel 10 des Vertrags ist ein Beitritt nur nach einstimmiger Einladung durch die Nato-Mitglieder an Beitrittskandidaten möglich. Der Aufnahme in die Nato muss ein konkretes Interesse der Nato-Staaten an der Aufnahme vorangehen. Es liegt auf der Hand: Die russische Regie-

rung fragt mit Recht, worin dieses Interesse der Nato an der Osterweiterung besteht.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des militärischen Potenzials von Russland erweist es sich jetzt als fataler politischer Fehler, dass die europäischen Nato-Mitglieder bisher keine alternative Sicherheitsarchitektur zur Osterweiterung vorangetrieben haben. Hans Möller, Frankfurt

Investieren wir lieber in eine friedliche Entwicklung

Man stelle sich vor, wenn Russland Militärpersonal und -gerät auf Kuba – in unmittelbarer Nähe zu den USA – stationieren würde. Mit vollem Recht und aus geschichtlich nachvollziehbaren Gründen lehnt Russland Nato-Truppen in Estland oder der Ukraine ab. Die Stationierung ist eine riesige, kriegstreibende Provokation! Keine Anstrengungen

oder auch nur Überlegungen sind feststellbar, die Ukraine, Estland etc. zu entmilitarisieren und die so gewonnenen Finanzmittel in eine friedvolle Entwicklung dieser Länder zu investieren. Ein entmilitarisiertes Puffer, eine umfassende Neutralität lässt sich mit langfristigen Sicherheitsgarantien Russlands und der USA bewerkstelligen. Eine solche Entwicklung würde der bitterarmen Ukraine und dem Weltfrieden dienen. Dem aber stehen imperiale Interessen entgegen. Wenn es so weitergeht, droht ein fürchterlicher Krieg in Europa. Russisches Nord-Stream-2-Gas und Frieden mit Russland gehen mir über eine „deutsche Interessen“ schädigende Politik eines überkommenen Militärbündnisses. Ich hoffe auf eine wiedererstarrende Friedensbewegung!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Diskussion: frblog.de/neunwochen

Teile der CDU paktieren mit den Faschisten

Zu: „Faeser für Artikel attackiert“ und „Schiefe Bahn nach rechts“, FR-Politik und -Meinung vom 7. Februar

Es wird zum wiederholten Mal offenkundig, wie eine sich christlich nennende Partei eine geradezu plumpe Falschheit an den Tag gelegt hat, indem sie nach fadenscheinigen Beispielen sucht und dazu ältere Veröffentlichungen hervorkramt, um Bundesinnenministerin Nancy Faeser in ein negatives Bild zu rücken, wobei die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ erhalten muss. Dazu reicht der Union in trauer Eintracht mit der AfD sowie der „Bild“-Zeitung ein Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes, um einen angeblichen Skandal herzustellen.

Es ist hinlänglich bekannt, in wie vielen Fällen Unionspoliti-

ker einvernehmlich mit Rechts-extremen – die bekannt sind für Anschläge auf Flüchtlingswohnheime und Synagogen, für Morddrohungen gegenüber Politikern, für einen Sturm auf das Bundestagsgebäude etc. – agiert haben und teilweise immer noch gemeinsame Sache machen, ohne dass eine eindeutige Distanzierung erfolgt. Pitt von Bebenburg hat in seinem Kommentar deutlich gemacht, dass viele Politiker der CDU/CSU sich bisher nie gescheut haben, mit einem rechten Blatt und der mit Faschisten besetzten AfD zu paktieren.

Dass Nancy Faeser den „Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus, gegen Rassismus und völkische Ideologien“, der angesichts zahlreicher

Vorkommnisse notwendig ist, formuliert hat, scheint den Unionspolitikern, die angeblich keine Bündnisse mit der AfD eingehen wollen, weniger wichtig zu sein als das Organ, in dem sie geschrieben hat, obgleich der VVN-BdA keineswegs im Bericht des Bundesverfassungsschutzes erwähnt wird. So zeigt Pitt von Bebenburg richtigerweise die Gefahr auf, dass die CDU/CSU auf eine schiefe Bahn nach rechts gerät, wenn sie weiterhin einseitig auf alles einschlägt, was auch nur um Millimeter nach links von ihrer eigenen Position abweicht, andererseits aber einen ganz nach rechts abgedrifteten Maaßen und dessen Anhänger gewähren lässt

Peter Boettel, Göppingen

Ein verschleierndes Etikett

Corona-„Spaziergänge“: „Sorge vor Radikalisierung“ und „Der neue Extremismus“, FR-Regional vom 4. und 10. Februar

In einer Dokumentation zur Zeitgeschichte, veröffentlicht in den Mainzer Geschichtsblättern von 2021, werden Vorkommnisse vom Vormittag des 10. November 1938 in Mainz dargestellt. Wie gründlich recherchierte Gerichtsakten belegen, war der Gymnasiallehrer Georg Wittig mit einer Gruppe seiner ihm anvertrauten Schüler aufgebrochen, um mit der Aufforderung „Schafft Ordnung“ in einigen Geschäften und Wohnungen von Mainzer Bürgern jüdischen Glaubens „aufzuräumen“. Die Handlungen des NSDAP- und SA Mitglieds Wittig wurden im Urteil des Mainzer Landgerichts vom 28. Mai 1948 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. Er wurde dafür zu drei Jahren Zuchthaus mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Im Vernehmungsprotokoll der Aussage ei-

nes Schülers ist der Wortlaut wiedergegeben, mit dem Georg Wittig seine Schüler zur Teilnahme an diesem Verbrechen aufgefordert hatte: „Wir machen heute einen Spaziergang durch die Stadt, es ist allerhand los.“

Ein Schüler, der an diesen Handlungen teilnehmen musste, stand noch im Abstand von 70 Jahren unter dem Eindruck dieser traumatisierend wirkenden Ereignisse und machte sich Vorwürfe, sich nicht genug gegen das Ansinnen seines Lehrers gewehrt zu haben. Er hätte sich gewünscht, ihm damals mit den Worten entschieden entgegenzutreten zu sein: „Was tun wir hier eigentlich?“

Für jede Staatsbürgerin, jeden Staatsbürger der Bundesrepublik, welche auf dem Boden dieser demokratischen Republik ihr Demonstrationsrecht ausübt, ist es interessant, diese geschicht-

lichen Erkenntnisse einmal zu reflektieren. Der Gebrauch der Vokabel „Spaziergang“ als verschleierndes, verharmlosendes und verfälschendes Etikett sollte danach sehr nachdenklich machen. Die Entschiedenheit eines Nein gegen jedes Unrecht haben uns Zeitzeugen und Verfolgte der NS-Herrschaft wie Trude Simonsohn in ihrem Nachlass gelehrt. Zwingend notwendig folgt daraus aber, dass jeder und jede Rechenschaft ablegen muss über die unaufrichtigen, absichtsvoll versteckten Motive einer Handlung. Jeder und jede muss die eigene Haltung zu den Aspekten Freiheit und Verantwortung, Täter und Opfer, Recht und Unrecht befragen und überprüfen und dann frei verantwortlich entscheiden, ob er oder sie noch einmal den Aufrufen zu „Spaziergängen in den Städten“ folgen mag.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg